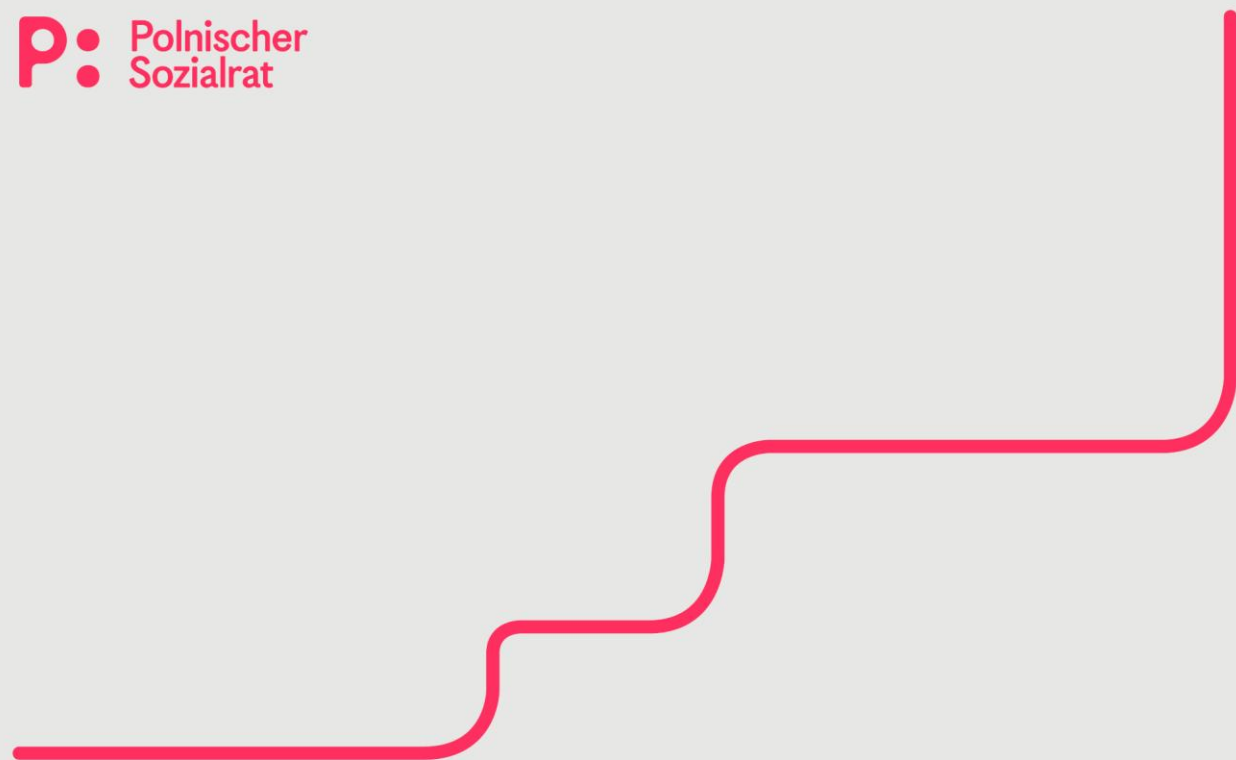




Plattform- arbeiter*innen – Hindernisse für die Beteiligung

Issue Paper 01/2026

Joanna Bronowicka

Am 29. Januar debattierte der Deutsche Bundestag über einen Antrag zu Plattformarbeiter*innen im Bereich der Essenslieferung.¹ Lieferfahrer*innen des Lieferando Workers Collective waren im Publikum des Parlaments anwesend und wurden von Politikern direkt angesprochen – eine sichtbare Anerkennung einer Belegschaft, die sich seit mehr als einem Jahrzehnt organisiert, um Gehör zu finden. Dieser Moment spiegelt die anhaltenden Bemühungen von Arbeitnehmenden, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft wider, die Teilhabe von Plattformarbeiter*innen zu stärken, insbesondere im Bereich der Essenslieferung.

Plattformarbeit ist ein vielfältiges Phänomen, das typischerweise mit kurzfristigen Vereinbarungen („Gigs“) verbunden ist und oft mit unsicheren oder prekären Beschäftigungsformen einhergeht. Dieses Issue Paper untersucht die wesentlichen **strukturellen, rechtlichen und institutionellen Hindernisse**, die die Fähigkeit von Plattformarbeiter*innen zur Teilhabe an sozialen und demokratischen Prozessen prägen. Er hebt **soziale Hindernisse für die Teilhabe** hervor und stellt fest, dass einige Gruppen einem erhöhten Risiko der Ausgrenzung ausgesetzt sind, insbesondere Arbeitnehmende, die mit Sprachbarrieren, sozialer Isolation oder einer Beschäftigung in privaten Haushalten konfrontiert sind.

Plattformarbeit in Deutschland

In den letzten Jahren hat die Plattformarbeit weltweit erhebliche Forschungsaufmerksamkeit auf sich gezogen und steht aktuell im Scheinwerferlicht der Debatten um prekäre Arbeit. Dieses Interesse spiegelt sowohl die rasante Expansion digitaler Arbeitsplattformen als auch das beispiellose Ausmaß von Arbeitnehmer*innenmobilisierungen über Rechtsordnungen hinweg wider – trotz erheblicher struktureller und rechtlicher Hindernisse für kollektives Handeln.

Schätzungen zufolge sind rund 5,7 % der deutschen Erwerbsbevölkerung in der Plattformarbeit tätig;² offizielle Statistiken dazu gibt es aber nicht. Plattformen legen keine systematischen Daten zur Belegschaft offen, und auf Umfragen basierende Schätzungen sind schwierig, da viele Arbeitnehmer*innen nur gelegentlich tätig sind und sich möglicherweise nicht selbst als Plattformarbeiter*in identifizieren.

Plattformarbeit ist sehr heterogen und umfasst verschiedene Plattformmodelle, Arbeitsarten und Beschäftigungsverhältnisse. Umfragedaten zeigen, dass etwa drei von zehn Plattformarbeiter*innen in Deutschland vor Ort arbeiten, während die Mehrheit ortsunabhängige Online-Aufgaben ausführt,

¹ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw05-de-essenslieferdienste-1139772>

² Urzi Brancati, Maria C., Annarosa Pesole und Enrique Fernández Macías. 2020. Neue Erkenntnisse zu Plattformarbeitern in Europa. EUR 29958 EN. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. doi:10.2760/459278.

hauptsächlich im Bereich Schreiben und Übersetzen (23,1 %) oder bei freiberuflichen Dienstleistungen (12,1 %).³

Zu den wichtigsten digitalen Arbeitsplattformen gehören:

- **Online-Arbeit:**
 - Freelancing & Kreativarbeit: Fiverr, Upwork, Freelancer.com.
 - Mikroaufgaben / kurze Online-Jobs: Clickworker, Amazon Mechanical Turk
- **Vor-Ort-Arbeit:**
 - Lebensmittellieferungen: Lieferando, Wolt, Uber Eats, Flink
 - Fahrdienstvermittlung: Bolt, Uber
 - Haushaltsreinigung: Helpling
 - Kinderbetreuung: Sitly, Betreut.de
 - Handwerker*innen und Besorgungen: TaskRabbit, TippTapp

Strukturelle Hindernisse

Plattform-Geschäftsmodelle sind bewusst so strukturiert, dass sie die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmende einschränken und damit deren **Mitbestimmung am Arbeitsplatz** direkt beeinträchtigen:

- Sie ziehen eine sehr **heterogene Belegschaft** an – oft bestehend aus Migrant*innen, internationalen Studierenden und Arbeitnehmer*innen, deren Qualifikationen nicht anerkannt sind –, indem sie einen schnellen, niederschweligen Zugang zu Einkommen mit minimalen formalen Anforderungen bieten.
- Der **vorübergehende oder sekundäre** Charakter vieler Plattfortmätigkeiten – im Gegensatz zu ihrer Nutzung als primäre langfristige Einkommensquelle – trägt zu einer hohen Fluktuation und Mobilität der Arbeitskräfte bei.
- Die **organisatorische Gestaltung der Plattformen** verstärkt diese Einschränkungen noch. Die Arbeit wird vollständig über Apps koordiniert, oft an verstreuten oder privaten Orten ausgeführt, und es fehlen stabile Arbeitsstätten, an denen sich die Beschäftigten treffen, Informationen austauschen oder Maßnahmen koordinieren können.

Zusammen schränken diese Faktoren die Fähigkeit der Arbeitnehmer, an ihrem digitalen „Arbeitsplatz“ teilzunehmen, erheblich ein, was erklärt, warum ein Großteil ihrer Mobilisierung und kollektiven Aktionen außerhalb der Plattform stattfindet.

³ Europäische Kommission, Gemeinsame Forschungsstelle. 2023. Die Plattformisierung der Arbeit: Erkenntnisse aus der JRC-Umfrage zu algorithmischem Management und Plattformarbeit (AMPWork). Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

Rechtliche Hindernisse

Zwei wesentliche rechtliche Hindernisse schränken die Teilhabe von Plattformarbeiter*innen ein – der Beschäftigungs- und der Migrationsstatus –, da sie den Zugang zu individuellen und kollektiven Arbeitnehmerrechten sowie zu sozialem Schutz einschränken.

Beschäftigungsstatus

Der Beschäftigungsstatus in der Plattformwirtschaft ist nicht nur eine arbeitsrechtliche Frage – er entscheidet darüber, ob Arbeitnehmende Zugang zu Rechten, Vertretung und sinnvoller demokratischer Teilhabe haben. Die Plattformarbeit in Berlin verteilt sich auf **direkte Anstellung, Selbstständigkeit, Subunternehmen, und informelle Arbeit**. Die meisten dieser Modelle führen zu Einkommensunsicherheit und schwächen den Zugang der Arbeitnehmenden zu arbeitsrechtlichen und sozialen Schutzmaßnahmen. Der Beschäftigungsstatus führt somit zu einer Segmentierung, die sich direkt auf die Möglichkeiten der Teilhabe am Arbeitsplatz und eines umfassenderen demokratischen Engagements auswirkt.

Direkte Anstellung

Eine kleine Minderheit der Plattformarbeiter*innen ist direkt angestellt und genießt relative Stabilität, formellen Zugang zu arbeitsrechtlichen und sozialen Rechten sowie kollektive Vertretung. Das wichtigste Beispiel ist **Lieferando**, das direkte Anstellung mit standardisierter Bezahlung, festen Schichten und Zugang zu Betriebsräten und gewerkschaftlicher Unterstützung bietet – klare Kanäle für kollektive Vertretung. Die geplante Auslagerung an Subunternehmer droht jedoch, diese Errungenschaften zunichte zu machen.

Selbstständigkeit

Selbstständige haben ein schwankendes Einkommen, behalten jedoch ein gewisses Maß an Autonomie und einen begrenzten sozialen Schutz. Sie haben jedoch keinen Zugang zu Arbeitnehmer*innenrechten und können keine Tarifverhandlungen führen. Selbstständigkeit ist sowohl in der Online-Plattformarbeit als auch in der Pflegearbeit weit verbreitet. Viele Arbeitnehmende bewegen sich in Grauzonen zwischen echter Selbstständigkeit und informeller Arbeit, da Plattformen nicht immer überprüfen, ob eine Person ordnungsgemäß bei den Behörden registriert ist. Komplexe steuerliche und administrative Anforderungen können von einer Registrierung zusätzlich abhalten.

Arbeit über Subunternehmer und informelle Arbeit

Arbeitnehmende, die über Subunternehmer oder informelle Vereinbarungen beschäftigt werden, sind der größten Einkommensunsicherheit ausgesetzt und haben den geringsten Zugang zu Arbeitnehmer*innenrechten, Vertretung und Beschwerdemechanismen.

- **Subunternehmertum:** Die meisten Essenslieferplattformen, darunter **Wolt** und **Uber Eats**, arbeiten über Subunternehmer, die oft keine ordnungsgemäßen Arbeitsverträge bereitstellen. Eine fragmentierte Verantwortlichkeit erschwert es den Arbeitnehmern, sich kollektiv zu organisieren oder ihre Rechte geltend zu machen.
- **Informelle Arbeit:** Informelle Beschäftigungsverhältnisse sind in mehreren Plattformbranchen nach wie vor weit verbreitet, insbesondere bei Hausangestellten, die Reinigungs- und Betreuungsaufgaben übernehmen.

Diese Segmentierung führt zu ungleichen Möglichkeiten, Rechte geltend zu machen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, wodurch die Ausgrenzung vor allem diejenigen trifft, die sich ohnehin bereits in prekären Verhältnissen befinden.

Migrationsstatus

Es gibt keine offiziellen Statistiken zum soziodemografischen Profil von Plattformarbeitern in Deutschland. Qualitative Berichte deuten jedoch darauf hin, dass die Plattformarbeit vor Ort in Berlin oft als niederschwelliger Einstieg für Neuzugewanderte dient, die möglicherweise kein Deutsch sprechen (Altenried 2021; Altenried et al. 2021; Alyanak et al. 2023). Die Medienberichterstattung über den Berliner Lieferdienstsektor hebt hervor, dass viele Fahrer*innen neu angekommene Migrant*innen sind – oft aus Südasien, Syrien oder Afghanistan –, die häufig eine befristete Aufenthaltsgenehmigung oder ein Studentenvisum besitzen. Untersuchungen im Bereich Reinigung und Kinderbetreuung zeigen ein ähnliches Muster bei Neuankömmlingen, während in der Altenpflege eher Migranten mit längerem Aufenthaltsstatus beschäftigt werden (Niebler and Animento 2023; Orth 2024).

Während in der öffentlichen Debatte der Migrationshintergrund oft als Hauptursache für prekäre Arbeitsverhältnisse angesehen wird, ist es **der formelle Migrationsstatus**, der die Position der Arbeitnehmenden auf dem Plattform-Arbeitsmarkt sowie ihren Zugang zu Rechten und Teilhabe am stärksten prägt.

Der Migrationsstatus steht in Wechselwirkung mit der Segmentierung des Arbeitsmarktes und lenkt die Arbeitnehmenden in mehr oder weniger geschützte Segmente der Plattformwirtschaft:

- **EU-Bürger*innen und Personen mit dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung:** Diese Arbeitnehmenden genießen nahezu volle Arbeitsrechte und sozialen Schutz. Sie sind besser in der Lage, formelle Verträge und institutionellen Schutz zu erhalten, einschließlich einer direkten Anstellung bei Unternehmen wie Lieferando. Diejenigen, die in Deutschland besser etabliert sind und sich im Verwaltungssystem zurechtfinden, entscheiden sich zudem eher für eine Selbstständigkeit, trotz des begrenzten Schutzes.
- **Arbeitnehmende mit befristeten Visa, Asylbewerber*innen oder Personen mit einer Duldung:** Diese Arbeitnehmenden sehen sich rechtlichen Beschäftigungsbeschränkungen, begrenztem sozialem Schutz und einer höheren Anfälligkeit für Ausbeutung gegenüber. Sie sind oft auf informelle oder äußerst prekäre Beschäftigungsverhältnisse beschränkt – beispielsweise bei Subunternehmen in der Lebensmittel-Lieferbranche.

Diese formalen Unterscheidungen, und nicht die Staatsangehörigkeit oder der Migrationshintergrund, fungieren als Sortiermechanismus und verstärken damit die Segmentierung in der Plattformwirtschaft. Der Migrationsstatus prägt auch **die politische Teilhabe**: Nur Migrant*innen mit deutscher Staatsbürgerschaft dürfen an nationalen und regionalen Wahlen teilnehmen, EU-Bürger*innen können an Europa- und Kommunalwahlen teilnehmen, jedoch nicht an Senatswahlen; Drittstaatsangehörige ohne EU-Staatsbürgerschaft sind von allen Wahlen ausgeschlossen. Deutsche politische Parteien zeigen im Allgemeinen wenig Interesse daran, Migrant*innen in ihre Reihen einzubinden, was die Möglichkeiten zur politischen Teilhabe weiter einschränkt.

Institutionelle Hindernisse

Die Mitwirkung in Gewerkschaften und Betriebsräten stellt eine wichtige institutionelle Form der Partizipation dar und steht Migrant*innen technisch gesehen offen.

Der Beschäftigungsstatus der Mehrheit der Plattformarbeitenden schränkt jedoch ihr gesetzliches Recht auf Mitwirkung in diesen Strukturen ein. Nur eine Minderheit der Arbeitnehmenden mit direkten Arbeitsverträgen hat uneingeschränkten Zugang zu kollektiven Arbeitnehmer*innenrechten. Dies ist bei Lieferando in Berlin der Fall, wo die Beschäftigten über die Mitgliedschaft in der NGG-Gewerkschaft, den Betriebsrat und das eher informelle „Lieferando Workers Collective“ mitwirken. Selbstständige Plattformarbeiter*innen haben im Allgemeinen das Recht, Gewerkschaften beizutreten, jedoch nicht, Tarifverhandlungen zu führen. Im Gegensatz dazu ist die institutionelle Mitbestimmung unter Arbeitnehmer*innen auf anderen Essenslieferplattformen (z. B. Wolt **und** Uber Eats) sowie im Fahrdienstbereich aufgrund der weit verbreiteten Untervergabe und informeller Arbeitsvereinbarungen eingeschränkt.

Neben rechtlichen Einschränkungen sehen sich Gewerkschaften mit internen und strukturellen Herausforderungen bei der Anpassung an die Plattformarbeit konfrontiert, was ihre Möglichkeiten zur Förderung der Mitbestimmung weiter einschränkt:

- **Mitgliedsmodelle, die nicht auf prekäre Arbeitsverhältnisse abgestimmt sind:** Gewerkschaften sind traditionell auf feste Beschäftigungsverhältnisse ausgerichtet, während Plattformarbeit befristet ist und eine hohe Fluktuation aufweist.
- **Hierarchische Organisationsstrukturen:** Die Entscheidungsfindung konzentriert sich oft auf höhere Ebenen, was die Möglichkeiten für eine direkte Beteiligung der einfachen Arbeitnehmer*innen einschränkt.
- **Wahrgenommene Lücken in der Repräsentativität:** Gewerkschaften werden manchmal als unzureichend repräsentativ für die von Migrant*innen dominierte Plattform-Belegschaft angesehen.

Infolgedessen sind die Praktiken der Gewerkschaften oft schlecht auf die fragmentierte, heterogene und von hoher Fluktuation geprägte Natur der Plattformarbeit abgestimmt, selbst wenn die Gewerkschaften bereit sind, mit Plattformarbeitern zusammenzuarbeiten.

Soziale Hindernisse

Daten zum soziodemografischen Profil von Plattformarbeiter*innen in Deutschland sind begrenzt, und es ist wenig darüber bekannt, wie Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildung oder soziale Schicht die Beteiligung beeinflussen. Forschungsergebnisse deuten auf mehrere wichtige Einflussfaktoren hin:

- **Geschlecht:** Frauen müssen oft Arbeit und Betreuungsaufgaben unter einen Hut bringen, was die Zeit für eine gewerkschaftliche Beteiligung einschränkt. Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede und Diskriminierung schränken die Einkommensmöglichkeiten weiter ein, während Sektoren wie die Pflege stark feminisiert sind und in privaten oder isolierten Umgebungen ausgeübt werden, was den Kontakt zu Gleichgesinnten und den Zugang zu kollektiver Unterstützung verringert.
- **Bildung:** Der Bildungsstand der Plattformarbeiter*innen variiert stark. Hochgebildete Arbeitnehmer*innen betrachten Plattformarbeit oft als vorübergehend und nutzen sie als kurzfristiges Einkommen, während sie andere Möglichkeiten verfolgen. Arbeitnehmer*innen mit geringerem Bildungsstand sind hingegen öfter auf Plattformarbeit als langfristige Existenzgrundlage angewiesen, was die Gefährdung durch prekäre Arbeitsbedingungen erhöht.
- **Soziale Schicht und wirtschaftlicher Druck:** Finanzielle Belastungen – darunter Schulden, hohe Wohnkosten und Verpflichtungen zur Unterstützung von Familienangehörigen im Ausland – schaffen eine Dringlichkeit, unsichere Arbeit anzunehmen, und verringern die Fähigkeit zu kollektivem Handeln oder zur Ablehnung ausbeuterischer Bedingungen.
- **Nationalität und soziale Netzwerke:** Einige Migrant*innengemeinschaften, wie beispielsweise aus Indien oder Pakistan, profitieren von starken sozialen Netzwerken, die den Informationsaustausch und die gegenseitige Hilfe erleichtern, während anderen solche Netzwerke fehlen, was Beratung, Unterstützung und kollektive Mobilisierung einschränkt.
- **Sprache:** Begrenzte Deutschkenntnisse schränken den Zugang zu Beschäftigung, Informationen und institutionellen Kanälen wie Gewerkschaften oder Betriebsräten ein und erschweren zudem die Bewältigung administrativer und rechtlicher Verfahren.

Soziale Verankerung, Sprachkenntnisse, Alter, Geschlecht, Bildung und soziale Schicht wirken zusammen mit Migrations- und Beschäftigungsstatus auf den Zugang zu Arbeit und die Möglichkeiten zur Teilhabe ein. Arbeitnehmer*innen mit den geringsten Ressourcen sind oft in den am wenigsten geschützten Segmenten konzentriert und am wenigsten in der Lage, sich sinnvoll einzubringen.

Narrative Hindernisse

Plattformarbeit hat an öffentlicher und politischer Sichtbarkeit gewonnen, doch lag der Fokus dabei weitgehend auf männerdominierten Sektoren wie Essenslieferungen und Fahrdienstvermittlungen. Diese Aufmerksamkeit hat gravierende Lücken im Arbeitsschutz aufgezeigt – befristete Verträge, hohe Fluktuation, anhaltende Unsicherheit und die Abhängigkeit von Untervergabe und informeller Arbeit – selbst für formal beschäftigte Arbeitnehmer*innen.

Die Einführung von „Plattformarbeit“ als eigenständige Kategorie hat auch regulatorische Entwicklungen ermöglicht, insbesondere die EU-Richtlinie zur Plattformarbeit (verabschiedet im Jahr 2024), deren Umsetzung in Deutschland jedoch noch aussteht (bis Ende 2026). Dieser Rahmen ist zwar wichtig, kann aber für Sektoren wie Pflege und Hausarbeit ein stumpfes Instrument sein und unterstreicht Barrieren, die die Beteiligung aller Arbeitnehmer*innen an der Gestaltung des öffentlichen Diskurses einschränken.

Hauptthemmnisse für inklusivere Narrative:

- **Unzureichende Berücksichtigung der Heterogenität der Arbeitskräfte:** Arbeitnehmer*innen werden oft auf vereinfachte Weise kategorisiert, während Unterschiede hinsichtlich Geschlecht, Alter, Nationalität und Beschäftigungsform übersehen werden. Dies schränkt das Verständnis für die gesamte Vielfalt der Plattformarbeit ein.
- **Unterrepräsentation von Sektoren mit Frauenmehrheit:** Sektoren wie Pflege und Reinigung, in denen Frauen die Mehrheit bilden, sowie Online- und Hausarbeit werden häufig aus öffentlichen und politischen Debatten ausgeschlossen. Dies verstärkt strukturelle Ungleichheiten und schränkt die Mitsprache großer Gruppen von Arbeitnehmer*innen bei der Gestaltung von Reformdiskursen ein.
- **Übermäßiges Vertrauen in die Plattformarbeitsrichtlinie:** Die Richtlinie führt Rechte in Bezug auf den Beschäftigungsstatus, algorithmische Transparenz und kollektive Organisation ein. Die Erwartung, dass sie alle Herausforderungen der Plattformarbeit löst, birgt jedoch die Gefahr, andere Gesetzesinitiativen zu blockieren, und beschränkt die Aufmerksamkeit auf Sektoren, in denen die Richtlinie kaum praktische Auswirkungen hat.
- **Mangelnde Betonung der schwachen Durchsetzung bestehender Arbeitsgesetze:** Prekarität hält sich durch Unterauftragsketten, die es den federführenden Unternehmen ermöglichen, sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Trotz bestehender rechtlicher Instrumente bleibt die Durchsetzung schwach, wodurch Arbeitnehmende strukturell von Arbeits- und Sozialrechten ausgeschlossen bleiben.

Ausgewählte Literatur

Academic publications

- Altenried, Moritz. 2021. "Mobile Workers, Contingent Labour: Migration, the Gig Economy and the Multiplication of Labour." *Environment and Planning A: Economy and Space* 53(7):1622–1639.
- Altenried, Moritz, Stefania Animento, and Manuela Bojadžijev. 2021. "Platform Urbanism: Labour, Migration and the Transformation of Urban Space." *sub\urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 9(1–2):73–92.
- Alyanak, Oğuz, Callum Cant, Tatiana López Ayala, Adam Badger, and Mark Graham. 2023. "Platform Work, Exploitation, and Migrant Worker Resistance: Evidence from Berlin and London." *The Economic and Labour Relations Review* 34(4):667–688.
- Niebler, Valentin, and Stefania Animento. 2023. "Organising Fragmented Labour: Migrant Workers and Collective Action in Platform-Mediated Domestic Work." *The Economic and Labour Relations Review* 34(4):573–592.
- Orth, Barbara. 2024. "Stratified Pathways into Platform Work: Migration Trajectories and Skills in Berlin's Gig Economy." *Environment and Planning A: Economy and Space* 56(2):476–490.

Policy reports

- *Liefern in prekären Verhältnissen: Arbeitsbedingungen bei Lebensmittel- und Essenslieferdiensten in Berlin*. Expertise (Joboption Berlin, Nov. 2024).
<https://www.arbeitgestaltengmbh.de/assets/projekte/Joboption-Berlin/Expertise-Liefern-in-prekaeren-Verhaeltnissen.pdf>
- *Fairwork Germany Ratings 2025: Die deutsche Plattformwirtschaft angesichts der EU-Plattformrichtlinie*. Fairwork (2025). <https://fair.work/wp-content/uploads/sites/17/2025/07/Fairwork-Germany-Report-2025-DE.pdf>
- *Plattformarbeit fair gestalten: Praxisansätze für gerechte Arbeitsbedingungen in der Plattformökonomie*. https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2025/02/CPA_Plattformarbeit_fair_gestalten.pdf

Medienberichte

- „WISO“ im ZDF – Ausbeutung von Lieferdienstfahrern. ZDF, 25. August 2025.
<https://presseportal.zdf.de/pressemitteilung/wiso-im-zdf-ueber-die-ausbeutung-von-lieferdienst-fahrern>
- Arbeitsmarkt: Lieferdienste und Migration. Deutschlandfunk, 9. Mai 2025.
<https://www.deutschlandfunk.de/arbeitsmarkt-lieferdienste-nagelstudio-migration-100.html>
- Ausgeliefert! Das Geschäft mit den Kurierfahrern. RBB Story-Dokumentation, 2. Dezember 2025. ARD Mediathek <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr/ard-radiofeature/audio-ausbeutung-mit-system---indische-fahrradkuriere-in-deutschland-100.html>.
<https://www.ardmediathek.de/film/ausgeliefert-das-geschaeft-mit-den-kurierfahrern/Y3JpZDovL3JiYi1vbmxpbmUuZGUvYXVzZ2VsaWVmZXJ0>
- Ausbeutung mit System – Indische Fahrradkuriere in Deutschland. ARD-Radiofeature-Podcast, Jan. 2026. <https://www1.wdr.de/mediathek/audio/wdr/ard-radiofeature/audio-ausbeutung-mit-system---indische-fahrradkuriere-in-deutschland-100.html>
- UNBUBBLE: Ausgeliefert – Der Überlebenskampf der Lieferfahrer. ZDF-Online-Beitrag, 18. Februar 2026. <https://www.zdf.de/talk/unbubble-100/lieferdienst-104>

Über den Polnischen Sozialrat e.V.

Der Polnische Sozialrat e.V. (PSR) ist eine bundesweit tätige migrantische Selbstorganisation. Der Verein bringt insbesondere die Perspektiven von EU-Bürger*innen in politische, fachliche und öffentliche Debatten ein. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt auf Chancengerechtigkeit, Arbeitsmarktintegration sowie der Sichtbarmachung von Diskriminierungserfahrungen, unter anderem im Kontext von EU-Migration, Grenzpendelmigration und Antislawismus.

Zum Projekt: Kooperationsverbund für Vielfalt und Zusammenhalt?

Zum Projekt: Kooperationsverbund für Vielfalt und Zusammenhalt Diese Broschüre entstand im Rahmen des [Kooperationsverbunds für Vielfalt und Zusammenhalt – Chancengerechtigkeit in der pluralen Gesellschaft](#). Ziel des Verbunds ist es, migrantische Perspektiven systematisch in [Regelstrukturen](#), fachpolitische Debatten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse einzubringen. Der Kooperationsverbund bündelt die Expertise bundesweit tätiger migrantischer Organisationen, fördert [Wissenstransfer](#), [Vernetzung](#) und [Qualitätsentwicklung](#) und stärkt demokratische Teilhabe sowie Chancengerechtigkeit in einer vielfältigen Gesellschaft.

Herausgeber: Polnischer Sozialrat e.V.
Autorin: Joanna Bronowicka
Redaktion: Marlene Leisenheimer
Grafikdesign: Joanna Kurowska
2. Auflage, 2026

Hinweis

Die in dieser Broschüre dargestellten Inhalte geben die fachliche Einschätzung des Herausgebers wieder und spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Fördermittelgeber wider.

Kontakt

Polnischer Sozialrat e.V.
Oranienstr. 34
10999 Berlin
www.polskarada.de

<https://vielfalt-und-zusammenhalt.de/>

Gefördert vom



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.



KOOPERATIONSVERBUND FÜR
VIELFALT & ZUSAMMENHALT

Robert Bosch
Stiftung